

Steigende Preise, steigende Armut

Armut im Alltag ist auch in Deutschland längst kein Randthema mehr. Teure Wohnungen, Inflation, Energiekosten: Was tun, wenn das Geld nicht mehr reicht? Die Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm, weil immer mehr Menschen in die Armut und die Schuldenfalle rutschen.

VON JANNA WERNER

„In unsere Beratung kommen nicht nur Bürgergeldempfänger, die ohnehin knapp bei Kasse sind“, sagt Daniela Samarat. Die Geschäftsführerin der Sozialberatung Ludwigsburg hat in ihren Räumlichkeiten Menschen versammelt, die sich im Arbeitskreis Existenzsicherung der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände engagieren. Explodierende Lebenshaltungskosten, steigende Energiekosten und kaum bezahlbarer Wohnraum sind die virulenten Themen zur Aktionswoche Armut: „Mittlerweile sind es deutlich mehr Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, die nicht mehr weiter wissen, weil es nicht reicht.“

Nicht umsonst haben die Evangelische Landeskirche wie die Diözese einen Energiehilfefonds eingerichtet, mit rund 10,5 Millionen Euro aus Steuern. Petra Tolksdorf von der Caritas und Bärbel Albrecht von der Diakonie wissen, wie groß die Nachfrage ist. Der Fonds läuft Ende 2024 aus. „Das ist nur ein kleines Pflaster“, sagt Albrecht, zudem höhere Abschläge, wie sie jetzt wieder erwartet werden, meist nicht förderfähig sind.

Petra Tolksdorf fordert strukturelle Lösungen. So sind im Bürgergeld von 502 Euro (alleinstehender Erwachsener) monatlich 42,55 Euro für Wohnen und Energie vorgesehen, davon 40,74 Euro für Strom. Ob Heizlüfter, Herd, Boiler oder Geräte – „das passt überhaupt nicht mehr“. Die Gas- oder Ölheizung wird nach Bedarf bezahlt, und das wünscht sie sich auch für die Stromkosten. „Das muss individuell angepasst werden.“ Auch wenn die Miete übernommen wird: Die Rückstände seien kaum aufzuholen, wenn der Strom mal abgestellt sei, die Kündigung droht.

Überhaupt: Bei rechnerisch 174,19 Euro für Essen und Trinken, Telekommunikation



„Die Kehrwoche ist das kleinste Problem“: Mit einer Postkartenaktion macht die Liga mit Tamara Palmer, Daniela Samarat, Jule Lutz, Bärbel Albrecht, Petra Tolksdorf und Christian Ecker (v.l.) darauf aufmerksam, wie Inflation und hohe Energiekosten immer mehr belasten. Foto: Janna Werner

44,88 Euro, Kleidung und Schuhe 41,65 Euro, Freizeit und Kultur 48,98 Euro oder 19,16 Euro für Gesundheit bleibt da nichts übrig, auch nicht die 30,57 Euro, die für Ersatz von Haushaltsgeräten gespart werden müssten. Auch erschreckend: Für Bildung sind monatlich 1,81 Euro vorgesehen.

Aber auch andernorts wird es knapp. „Die Hälfte meiner Klienten hat ein Einkommen“, erzählt Tamara Palmer von der Fachstelle Wohnungssicherung, die 32 Kommunen im Kreis betreut. Und das reicht immer häufiger

nicht aus, die Kosten zu decken, Wohnungslosigkeit droht. 2021 hatte sie 285 Fälle, 2022 waren es schon 316 neue. Eine vierköpfige Familie mit einem Einkommen von 1700 bis 1900 Euro sei normal. „Bei 1000 bis 1200 Euro Miete bleibt nicht viel.“ Und wer einmal aus der Wohnung fliegt, hat Mühe, überhaupt etwas zu bekommen.

„Es ist wichtig, dass die Leute früh kommen“, betont Christian Ecker. Der Diakon an der Karlshöhe nennt Wartezeiten von bis zu einem Dreivierteljahr. Das liege auch am Fachkräftemangel. Die Schuldnerberatung hatte 2021 laut Samarat 523 Beratungen, 2022 waren es 443. Nicht, weil der Bedarf nicht da war, im Gegenteil. „Wir konnten nicht so viele Termine anbieten.“

INFO: www.sozialberatung-ludwigsburg.de,
www.caritas-ludwigsburg-waiblingen-enz.de,
www.kreisdiakonieverband-lb.de.

► Wenn die Rente nicht mehr reicht

Die Rente ist sicher.“ Arbeitsminister Norbert Blüms Aussage war 1986 durchaus glaubhaft, knapp 40 Jahre später indes ist klar: Das stimmt nicht. Das weiß auch Stefanie Hecht-Weber, die als Beraterin beim städtischen Seniorenbüro sozusagen an der Quelle sitzt. Bei ihr melden sich immer mehr ältere Menschen, deren ohnehin karge Rente in Zeiten von Inflation, hohen Mieten und Energiekosten nicht ausreicht. „Wir geben Hilfestellung.“

Da geht es erst einmal darum, die Situation zu analysieren. Häufig gibt es eine Zäsur – der Tod des Partners, Pflegebedürftigkeit, immer höhere Kosten. „Das geht mit Ängsten einher“, sagt sie. Das ganze Leben lang gearbeitet, jetzt das Sparbuch komplett



Jeder Cent wird umgedreht: Armut betrifft immer mehr Rentner. Foto: Stephanie Pillick/dpa

aufgebraucht und plötzlich Bittsteller und auf Hilfe angewiesen: „Wir haben hier eine vertrauliche Atmosphäre, in der man alles loswerden kann“, ergänzt Sophia Clauss, im Seniorenbüro zuständig für Seniorenarbeit und Pflegestützpunkt. „Wir wollen die finanzielle und soziale Seite stärken.“

Um was geht es? Konkrete Hilfe ist gefragt, als Schnittstelle zwischen Mensch und Behörden: Kann Wohngeld beantragt werden? Gibt es Zuschüsse vom Staat oder Anspruch auf die Ludwigsburg Card? Was wird für den Gang zum Sozialamt für die Grundsicherung benötigt, welche Formulare müssen ausgefüllt werden? Häufig, so Clauss, kämen auch Angehörige, deren Eltern ins Pflegeheim müssen, deren Rente aber nicht ausreicht.

„Ich sehe mich auch als Manager“, so Hecht-Weber, „es geht um Infos und Hilfestellung.“ Und es gehe um die Menschen, „die teils sehr asketisch leben, um Wertschätzung, Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit“. Und um konkrete Hilfe. Vieles gibt es hier auf Papier und natürlich auch Hilfe beim Ausfüllen von Formularen. (ja)

INFO: Die Beratung findet statt donnerstags von 14 bis 16 Uhr, Kontakt und weitere Terminvereinbarung unter Telefon (0 71 41) 9 10-20 14. E-Mail seniorenbuero@ludwigsburg.de.